

Kommunalpolitische Erklärung der SPD-Fraktion am 11.11.2014

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuler,
Herr Erster Bürgermeister Dr. Vonderheid,
Herr Bürgermeister Brenner,
sehr geehrte Leonberger Bürgerinnen und Bürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

vermutlich noch nie in ihrer Geschichte hat die Stadt Leonberg so viel Geld in die Hand genommen, um nahezu gleichzeitig so viele Projekte umzusetzen. Allein mehr als 18 Millionen investieren wir binnen 3 Jahre in den Ausbau von Kindertagesstätten. Erstaunlich ist da, dass bei der vorbereitenden Diskussion zum Haushalt innerhalb der SPD-Fraktion sich der Tenor verfestigte: eigentlich könnte ich die Erklärung des Vorjahres erneut vorlesen.

Ja dann macht man sich so seine Gedanken:

- stoßen unsere Ideen denn grundsätzlich auf Granit bei der Verwaltung ?**
- finden wir keine Mehrheiten im Gemeinderat ?**

na ja - von allem ein bisschen, vor allem dauern manche Dinge in Leonberg halt immer ein wenig länger.

Es sind schon auch Erfolge zu verbuchen, wenngleich die Antragstellung aber bereits aus 2012 stammt: die August-Lämmle-Schule wurde Gemeinschaftsschule, und die dafür notwendige Mindestschülerzahl bei weitem übertroffen. Der Schulstandort ist damit auf Jahre gesichert. Im Haushaltsplan erkennen wir – außer bei der Mensa – keine nennenswerten Kostensteigerungen. Der Schulstandort Leonberg, der ganz oben in der Agenda von Gemeinderat und Verwaltung steht und in den wir zweistellige Millionenbeträge investiert haben, bietet alle Schulformen – bis auf G9. Peinlich genug, dass Leonberger Schüler hierzu in andere Städte ausweichen müssen.

Ansonsten möchten wir den hohen baulichen Standard auch halten, zeitnahe Unterhaltungsinvestitionen sind damit unabdingbar. Hier hören wir zunehmenden Unmut aus dem ASG, aus Warmbronn und Gebersheim.

Wir bitten die Verwaltung im S- Ausschuss und im Schulbeirat, darzustellen, wie und zu welchen Zeitpunkten geplant ist, die baulichen Sanierungsmaßnahmen in den Leonberger Schulen vorgenommen werden und dies entsprechend zu begründen.

Um es deutlich zu sagen, wir haben nicht vor, sobald alle KiTas gebaut sind, mit dem Bau von Schulengebäuden weiter zu machen.

Wenn wir schon beim Thema „Unterhaltung von Vermögenssubstanz sind, ein Wort zu Straßenbau. Dass es im Lande mehr als 2 Dutzend schlimmere Strassen gibt, als den Schlossberg in Höfingen ist nun wahrlich kein Ruhmesblatt für die Landesregierung (für ihre Vorgängerin aber auch nicht). Klar ist aber auch, dass wir angesichts unserer finanziellen Situation, nicht auf einen Zuschuss von 600 TEUR verzichten können. Wir bitte die Verwaltung auf politischer Ebene mit dem Land zu verhandeln, um hier eine deutlich höhere Priorisierung zu erreichen.

Die Bildungssysteme insgesamt sind im Wandel, dies stellt neben den veränderten Freizeitbedürfnissen und den demographischen Entwicklungen auch die kommunale Sportpolitik vor große Herausforderungen. Sportvereine und Schulen sind nicht erst seit gestern Partner. Jedoch hat sich der Rahmen für diese Partnerschaft durch den kontinuierlichen Ausbau der Ganztageschulen grundlegend verändert. Es geht nicht mehr „nur“ um einzelne Kooperationen, sondern um nachhaltige, flächendeckende konkrete Zusammenarbeit.

Damit Sportvereine und Schulen auch weiterhin starke Partner bleiben, haben der Landessportbund und das Kultusministerium im April 2014 eine Rahmenvereinbarung für die Zusammenarbeit insbesondere in Ganztagsgrundschulen unterzeichnet. Grundsätzlich für alle Beteiligten eine typische „Win-Win-Situation“.

In unserer kommunalpolitischen Erklärung im Vorjahr hatten wir beantragt, einen Betrag von 25 TEUR in den Haushalt einzustellen, um eine strategische Sportentwicklungsplanung in Leonberg in Gang zu setzen.

Es ist uns bewusst, dass Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, hier die Kommune nicht in der Pflicht sehen, wir haben auch festgestellt, dass das zuständige Fachamt kein Verständnis für

unseren Antrag aufbringt. Es ist uns auch klar, dass ohne Mitwirkungsbereitschaft der Verwaltung jegliche zeitliche und finanzielle Investition ins Leere läuft. Wir fordern die Verwaltung daher nochmals auf, ihre Denkhaltung zu überprüfen.

Damit Sportvereine und Schulen weiterhin qualifizierte Partner bleiben, muss sich die Stadt endlich der Herausforderung stellen und den Sport in Leonberg zukunftsgerecht und zukunftsfähig aufstellen. Dazu gehört auch eine Sportstättenplanung. Diese ist aus unserer Sicht eindeutig kommunales Hoheitsrecht. Natürlich müssen die Vereine hierzu eingebunden werden.

Nicht alleine daran ist die Fusion zwischen dem TSV Eltingen und der TSG Leonberg gescheitert, denn fehlende Zukunftsszenarien ließen doch manche Vereinsmitglieder an der Sinnhaftigkeit einer Fusion zweifeln.

→ Wir fordern die Verwaltung auf darzustellen, welche Konzepte die Stadt Leonberg verfolgt, um die Kooperationen Schule / Verein (Ganztagsbetreuung) auf eine strategisch nachhaltige und zukunftsfähige Basis zu stellen und welches Konzept sie bei der Entwicklung von Sportstätten verfolgt.

Da die Thematik ja nun nicht neu ist, dürfte es kein Problem sein, dies noch im 1. Quartal 2015 vorzulegen. Ein Blick in die Landeshauptstadt könnte – ausnahmsweise – mal nicht schaden.

Die Investitionen in Kindertagesstätten sehen wir überwiegend mit Freude, weil dadurch doch ein unzweifelhaft vorhandener Bedarf in Leonberg gedeckt und die Attraktivität der Stadt gesteigert wird. Insgesamt agieren wir quantitativ und qualitativ auf einem hohen Standard, zumal bestehende „alte“ Kindergärten nahezu in jedem Fall abgerissen und neu gebaut werden.

Es ist sinnvoll, im Zuge dieser enormen Expansion, nun auch nach Optimierungsmöglichkeiten zu suchen, welche die damit verbundenen Kostensteigerungen und den administrativen Aufwand etwas dämpfen können.

Handlungsbedarf sehen wir noch bei den Öffnungszeiten, die insbesondere für Mütter, die im Einzelhandel und Dienstleistungsgewerbe arbeiten, nicht immer ausreichen.

Hierzu bitten wir die Verwaltung eine Bedarfserhebung durchzuführen und ein geeignetes Modell (beispielsweise bis 19.00 Uhr) zu entwickeln, sowie einen oder mehrere passende Standorte (Kindertagesstätte am Stadtpark ?) zu definieren. Dabei ist zu prüfen, in wie weit eine Kostendeckung für diese

spätnachmittäglichen Zusatzzeiten erreicht werden kann. Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: was wir nicht anstreben, ist, dass die Kinder früh morgens abgegeben und spät abends erst wieder abgeholt werden.

→ Wir bitten die Verwaltung dem S-Ausschuss im 1. Halbjahr eine entsprechende Entscheidungsgrundlage für eine Verlängerung der Öffnungszeiten einzelner Kindertageseinrichtungen zu liefern.

Lokale Wirtschaftsförderung, meine Damen und Herren, ist mehr als nur der Ruf nach Gewerbeflächen. In Leonberg wird das Gebiet Längenbühl entwickelt und wir hören immer wieder von großer Nachfrage seitens potenzieller Investoren. Die Verwaltungsspitze setzt eher darauf, dass das Gebiet erst sukzessive im Laufe der nächsten Jahre vollständig belegt sein wird.

Für uns bleibt unverändert Vieles im Dunkeln, außer dass die Umsetzung – wie erwartet - zu lang dauert, dass diese mehr kostet als geplant und wir nach wie vor nicht alle Flächen in städtischer Hand haben (daher verteuert sich das Umlegungsverfahren auf 250 TEUR !) und dass das Gebiet ohnehin zu klein ist. Nichts Neues an dieser Stelle.

Die Bedarfserhebung sieht mind. 15 ha mehr Gewerbegebiet als notwendig an. Wir haben hierzu zwei „Baustellen“ in Höfingen schon lange benannt. Das ist

- **die Erweiterung im Anschluss an das vorhandene Gebiet Pfad II in Höfingen (wir meinen damit nicht nur eine Arrondierung)**
- **und das weiter vor sich hin gammelnde Sümak-Areal**
- Wir beantragen – erneut -, dass uns die Verwaltung im 1. Quartal 2015**
- **ein Konzept vorlegt, wie das Sümak-Areal für Gewerbeansiedlung genutzt werden kann,**
- **dass sie uns darstellt, welcher konkrete Flächenbedarf im Laufe des Jahres 2014 von Gewerbetreibenden an die Stadt herangetragen wurde und**
- **die Erweiterung des Gewerbegebietes Pfad endlich vorantreibt.**

Ausreichende Gewerbeflächen sind wichtig, ein anderer gewerblicher Standortfaktor ist zwischenzeitlich die Breitbandversorgung als absolute Schlüsseltechnologie. Wir wissen auch um die latent vorhandene Wirtschaftlichkeitslücke, um Amortisationszeiten von fast 30 Jahren aus heutiger Sicht, Das Land scheint sich ausschließlich auf „Notstandsgebiete im ländlichen Raum“ zu fokussieren. Nur, wir sollten hier vom klassischen „Leonberger Konzept“ – Zusehen und Abwarten – abweichen und Ideen entwickeln, mit welchen Partnern wir hier weiterkommen und arbeiten können, vielleicht sogar mit dem Landkreis, vielleicht ist dies auch ein Thema für die Leo-Energie. Es müssen darüber hinaus Standards fixiert werden, z.B. Leerrohre bzw. entsprechende Leitungen bei jeder Straßenbaumaßnahme zu installieren.

Wir sollten mit den Leonberger Gewerbetreibenden auch über Kostenbeteiligungen reden. Ansonsten sind kreative Ideen gefragt (siehe das Modell mit Warmbronn).

Um die Thematik weiterzubringen sind wir bereit, in gewissem Umfang auch Geld in die Hand zu nehmen und noch in diesen Haushalt einzustellen.

- Die Verwaltung möge in einer Drucksache darstellen, welche Handlungsfelder bei der Breitbandversorgung kurzfristig angegangen werden und welche Kosten dafür anfallen (können).**

Das Stichwort Leo-Energie ist gefallen. Herrn Dr. Vonderheid ist es gelungen ein Erfolgsmodell zu etablieren, das aus unserer Sicht nicht zwangsläufig eine reine Pachtgesellschaft bleiben muss. Wir möchten gerne dazu animieren, weitere Geschäftsfelder auszuloten (Nahwärmeversorgung, Erdgastankstelle, ...). Allerdings – wenn zusätzliches Personal benötigt wird, dann muss sich dies auch rechnen.

- Wir beantragen, dem Gemeinderat weitere potenzielle Geschäftsfelder für die Leo Energie , die wirtschaftlich betrieben werden können, darzustellen und dabei auch die Erfahrung und das Know-how unseres Partners EnBW zu nützen.**

Die unverantwortliche Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und der mangelnde Reformwille einer Reihe von Euro-Ländern führen

dazu, dass sich die ohnehin schon beträchtlichen Immobilienpreise in Leonberg durch eine beginnende Blasenbildung weiter erhöhen.

Unser Plädoyer war schon immer, für eine ausgewogene Mischung in Leonberg aus Gewerbeansiedelung, aber auch Lebens- und Wohnqualität Sorge zu tragen.

Im Übrigen zeigt die immer größer werdende Differenz zwischen unseren Einnahmen aus Gewerbesteuer und aus dem Einkommenssteueranteil, dass ein moderates qualifiziertes Bevölkerungswachstum für Leonberg vorteilhaft und unerlässlich ist.

Aus unserer Sicht stehen wir insbesondere vor zwei Herausforderungen:

- bezahlbaren Mietwohnungsbau für sozial schwächere Schichten zu generieren**
- bezahlbares Wohneigentum für junge Leute oder auch die berühmte „junge Familie“ sicherzustellen.**

Hierbei kann uns beim Mietwohnungsbau das Landes-Wohnraumförderungs-Programm helfen, für das wir geeignete Investoren gewinnen müssen. Für die jungen Menschen brauchen wir pfiffige Ideen und Konzepte.

→ Wir fordern die Verwaltung auf, auszuloten, in welche Höhe Fördermittel beantragt werden können und dann Kontakt mit geeigneten Investoren aufzunehmen und einen Bebauungsplan für ein Modellprojekt am Stadtpark, Berliner Str., zu erstellen. Parallel dazu sollen Ideen vorgestellt werden, um die Schwelle zum Erwerb von Wohnungseigentum herabzusetzen.

Es ist uns bewusst, dass dies in Teilen eine Abkehr vom bisher erfolgreichen Konzept der „Gewinnmaximierung“ beim Verkauf städtischer Grundstücke bedeutet.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushaltsausblick Richtung 2017, 18 wird zunehmend düster. Umso wichtiger ist es die Hausaufgaben jetzt zu machen. Auf wenig Begeisterung ist der Vorschlag des Gemeinderates einer Organisationsuntersuchung bei der Verwaltung gestoßen. Immerhin zwischenzeitlich sind Weichenstellungen beim Baubetriebshof

erfolgt. Es ist eine Neuorganisation vorgestellt worden, die jetzt umgesetzt werden muss.

Als klares Signal und zur Verbesserung der Übersichtlichkeit müssen nun die dort nicht mehr besetzten Stellen konsequent aus dem Stellenplan gestrichen und die Stellen außerhalb der künftigen Kernkompetenzen als solche gekennzeichnet werden.

→ Wir schlagen vor, dass diejenigen Mitarbeiter des Baubetriebshofes, die vorübergehend noch Aufgaben wahrnehmen, die nicht mehr zu den Kernaufgaben des BBH gehören, künftig im Rahmen von „Leo-Clean“ für Stadtreinigungsarbeiten eingesetzt werden.

Bei „Leo-Clean“ stört mich weniger die englische Begrifflichkeit, sondern das „Leo“ davor. Denn umsetzbar wäre das Konzept wahrscheinlich angesichts seiner finanziellen Auswirkungen eher in Katar oder Dubai.

Wie sehr die Verwaltung an die Umsetzung glaubt, zeigt sich ja schon daran, dass hier keine Posten im Haushalt eingestellt sind. Sauberkeit kostet etwas, Eigenverantwortlichkeit der Bevölkerung und auch die Erziehung von jungen Menschen im Umgang mit Sauberkeit in der Stadt sollten aber schon auch noch eine Rolle spielen.

→ Wir beantragen, das Konzept Leo-Clean nun wirklich auch auf die finanzielle Leistungsfähigkeit von Leonberg anzupassen. Hierzu kann der Aufgabenbereich von „FISH“ erhöht werden, ebenso ist die Einbeziehung von Mitarbeitern aus dem Baubetriebshof umzusetzen.

→

Eine Wirtschaftlichkeitsberechnung zur Anschaffung einer Kehmaschine im Vergleich zur Fremdvergabe der Arbeiten liegt uns ja zur Beschlussfassung im nächsten V-Ausschuss bereits vor.

Noch eine Hausaufgabe: das Leo-Bad. Für uns ist der entspannte Umgang mit der Kostenentwicklung nicht nachvollziehbar:

- bei den Bädern insgesamt steigen die Kosten pro qm seit 2010 kontinuierlich – obwohl das Hallenbad in der Zeit meistens geschlossen war.**

- wir investieren für Reparaturen zur Erhaltung Jahr für Jahr nur in das Leo-Bad 250 – 300 TEUR. Nicht für Verbesserungen, lediglich um den Status-quo zu erhalten.
- die Personalkosten – nur im Leo-Bad – steigen innerhalb von 5 Jahren bis 2015 um fast 40 %
- der Abmangel im selben Zeitraum um fast 80 % (knapp 700 TEUR)

Ständige Diskussionen – auch in einzelnen LKZ-Sommerinterviews, ob das Bad erhalten werden kann oder geschlossen werden muss – sind unverantwortlich und ein Fiasko für das Image des Leo-Bades. Das Bad ist 25 Jahre alt, unsere Sorge ist, eines Tages wieder von heute auf morgen vor die Wahl gestellt zu werden: Abreißen oder neu Bauen oder Sanieren. Wir kennen das schon in anderen Zusammenhängen...

→ Um endlich die Diskussion voran zu bringen, stellen wir die folgenden konkreten Anträge:

- **Erstellung eines Bebauungsplans für den nördlichen Teil der Liegewiese. Die Grundstückserlöse werden zur Refinanzierung der Investitionskosten fürs Leo-Bad verwendet.**
- **Anschaffung einer Abdeckung für das 50-m-Becken, um den seit Jahren unverantwortlichen und unnötigen zusätzlichen Energieverbrauch nachts zu reduzieren.**
- **Darstellung einer Wirtschaftlichkeitsberechnung zur Installierung eines Edelstahlbeckens anstelle der problematischen Fliesen im sogenannten Spaßbecken (oder auch nur für einen Teil davon) , sowie die Generierung . weiterer Ideen zur Reduzierung des jährlichen Unterhaltes.**
- **Konkrete Definition von Umbaumaßnahmen, die notwendig sind, um das Aufsichtspersonal, insbes. bei schlechter Witterung zu reduzieren.**
-

Meine Damen und Herren, ich befürchte meine Vortragszeit ist nahezu um. Noch habe ich nichts zum Rathausneubau gesagt, der uns mehr oder weniger aufgezwungen wurde, weil regelmäßige angemessene bauliche Unterhaltung nicht erfolgt ist und weil uns teilweise realitätsferne und sinnfreie Brandschutzauflagen jetzt zum Handeln zwingen.

Wir stehen zu dem Neubau, Alternativen wie Renovierung und Anbau halten wir nicht für wirtschaftlich.

Leider werden auch nicht alle Effizienzvorteile genutzt, da wir weiterhin 2 Rathäuser und die Stadtwerke am Baubetriebshof – damit insgesamt 3 Standorte - unterhalten werden.

Ich bin aber sicher, der Gemeinderat wird mit Argusaugen über die Entwicklung der Baukosten achten. Also auch hier „alles wie immer“.

Im Übrigen wird uns auch die Klinikdiskussion wieder einholen. Es ist weder eine Strategie für Leonberg beim Klinikverbund erkennbar, noch der Wille, eine solche zu entwickeln. Eher zeigt sich, dass der Imageschaden längst auf die Personalbesetzungen bei Chefarztposten negativen Einfluss hat.

Ein kurzer Ausblick zum Abschluss:

wir nähern uns unbeirrt der 100 Millionen-Schulden-Marke, natürlich steht der dann erhebliche Bausubstanz in Form von attraktiven Kindertagesstätten, Schulen, einem wirklich neuen Rathaus usw. gegenüber.

Extrem steigende Personalkosten gerade bei der Kinderbetreuung, sowie weitere Fixkosten (Kreisumlage) und eine absehbare Verlangsamung der Wirtschaftsdynamik werden für die Zukunft die Arbeit für Gemeinderat und Verwaltung wieder deutlich schwieriger machen.

Diesen Haushalt können wir noch einigermaßen unbeschwert absegnen, auch wenn hier schon bei Weitem nicht „alles Gold ist, was glänzt“.

Wahrscheinlich *„sind jetzt die guten alten Zeiten, nach denen wir uns in 10 Jahren zurücksehnen“.* (Peter Ustinov)

Abschließend darf ich mich im Namen der SPD-Fraktion bei der Spitze der Verwaltung, sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort für die Zusammenarbeit in diesem Jahr herzlich bedanken. Ich danke auch allen, die mir heute Abend bei der Kommunalpolitischen Erklärung zugehört haben.

**Ottmar Pfitzenmaier
für die SPD-Fraktion**

im Leonberger Gemeinderat

Hinweis an die Verwaltung: Anträge der SPD Fraktion sind fett gedruckt.